

Synoptische Darstellung

Bisheriges Recht	Neues Recht	Bemerkungen
Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement) vom 3. Dezember 2019	Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement)	
Der Einwohnerrat Pratteln, gestützt auf § 47 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom 28. Mai 1970 (Gemeindegesetz) und § 9 des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 20. März 1997, beschliesst:	Der Einwohnerrat Pratteln erlässt, gestützt auf § 115 Abs. 1 i.V.m. § 47 Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) sowie § 10 des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen und § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsgesetz folgendes Reglement:	
1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	unverändert	
§ 1 Zweck Dieses Reglement normiert die Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der kommunalen Mietzinsbeiträge.	§ 1 Zweck Dieses Reglement regelt den Vollzug der Bestimmungen über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen.	Konkretisierung der Bestimmung in § 10 Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (MBG). Der grundsätzliche Zweck der Mietzinsbeiträge ist gemäss Definition in § 1 MBG die Entlastung von Familien und Alleinerziehenden in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.
§ 2 Anspruchsberechtigte Personen ¹ Familien, Alleinerziehende, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger in bescheidenen finanziellen Verhältnissen mit Wohnsitz in Pratteln haben bei übermässig hoher Mietzinsbelastung im Verhältnis zum Einkommen Anspruch auf Mietzinsbeiträge.	unverändert	

<p>² Anspruchsberechtigt sind Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, die seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft haben.</p>	<p>² Anspruchsberechtigt sind Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, Aufenthaltsbewilligung B oder mit einem Ausweis F oder S, die seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft haben.</p>	<p>Erweiterung gemäss § 3 Abs. 2 MBG</p>
<p>§ 3 Anspruch mehrerer in einem Haushalt lebender Personen</p> <p>Die jeweilige Anspruchsberechtigung von Personen, die miteinander in einem Haushalt leben und eine gemeinsame Haushaltsführung aufweisen, wird gemeinsam ermittelt und verfügt.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>2. Kapitel: Anspruchsvoraussetzungen</p>	<p>unverändert</p>	
<p>§ 4 Subsidiarität</p> <p>¹ Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Reglement ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Erzielung eines den persönlichen Verhältnissen entsprechenden Einkommens</p>	<p>unverändert</p>	
<p>² Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller können durch die kommunalen Vollzugsorgane angehalten werden, vor Inanspruchnahme einer Leistung gemäss diesem Reglement, alle möglichen Drittleistungen abzuklären.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>³ Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen nach diesem Reglement können durch die kommunalen Vollzugsorgane verpflichtet werden, sich um eine preisgünstigere Wohnung zu bemühen oder eine</p>	<p>unverändert</p>	

Verminderung der Wohnkosten auf anderem Wege zu erreichen.		
⁴ Leistungen nach diesem Reglement können nur auf der Basis des Mietvertrages für den von der Gesuchstellerin oder vom Gesuchsteller selbst bewohnten Mietraum erfolgen.	unverändert	
§ 5 Einkommenshöchstgrenze Übersteigt das massgebende Monatseinkommen die Summe der nachfolgenden monatlichen Kosten um mehr als 5 %, besteht kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge: <ul style="list-style-type: none"> - Grundbedarf gemäss Sozialhilfeverordnung (SHV); - angemessenen Wohnungskosten gemäss SHV; - Durchschnittsprämie gemäss EG KVG. 	§ 5 Einkommensgrenze <i>Der Gemeinderat legt die Einkommensgrenze fest.</i>	Konkretisierung der Bestimmungen in § 6 MBG i.V.m. § 2 Abs. 1 Vo MBG. Die Gemeinde muss den Faktor festlegen, mit welchem der Grundbedarf gemäss Sozialhilfegesetzgebung (§ 9 Sozialhilfeverordnung [SHV, SGS 850.11]) als allgemeiner Lebensbedarf in die Berechnung der Einkommensgrenze einfliesst. Der Faktor entspricht mindestens 130%. Je höher der Faktor festgesetzt wird, desto höher ist die Einkommensgrenze und desto mehr Personen haben potenziell Anspruch auf Mietzinsbeiträge. Auch hier gilt, dass den damit verbundenen Mehrkosten Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüberstehen. Regelung neu in § 3 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement: <i>«Der zur Berechnung der Einkommensgrenze verwendete allgemeine Lebensbedarf entspricht 130 % des Grundbedarfs gemäss § 9 der Sozialhilfeverordnung.»</i>
§ 6 Vermögenshöchstgrenze ¹ Das Reinvermögen darf den geltenden, um den Faktor fünf multiplizierten Vermögensfreibetrag gemäss SHV, nicht überschreiten.	§ 6 Vermögensgrenze <i>Der Gemeinderat legt die Vermögensgrenze fest.</i>	Konkretisierung der Bestimmungen in § 7 MBG i.V.m. § 3 Vo MBG. Der minimale Faktor beträgt 5, er kann aber auch 6, 7 oder mehr betragen. Je höher die Gemeinde den Faktor festsetzt, desto höher ist die Vermögensgrenze und desto mehr Personen haben potenziell Anspruch auf Mietzinsbeiträge. Eine höhere Vermögensgrenze wirkt präventiv. Personen mit geringem Einkommen müssen nicht ihre Reserven aufbrauchen und werden darin unterstützt, ihre Lebenssituation zu stabilisieren. Ein späterer

		<p>Eintritt in die Sozialhilfe kann so gegebenenfalls frühzeitig verhindert werden. Auf die Ablösung von bestehenden Sozialhilfefällen hat die Vermögensgrenze keinen Einfluss.</p> <p>Regelung neu in § 4 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement:</p> <p><i>«Die Vermögensgrenze entspricht dem 5-fachen der freien Vermögensbeträge gemäss § 16 Abs. 2 der Sozialhilfeverordnung.»</i></p>
² Kindesvermögen wird bei der Feststellung der Anspruchsberechtigung nicht berücksichtigt.	unverändert	
<p>§ 7 Angemessenheit der Wohnungsgrösse</p> <p>Mietzinsbeiträge werden nur ausgerichtet, wenn die Zahl der Zimmer jene der Bewohnerinnen oder der Bewohner nicht um mehr als zwei Zimmer übersteigt oder aus gesundheitlichen Gründen ein Wohnungswechsel nicht zumutbar ist.</p>	unverändert	
<p>§ 8 Motorfahrzeugbesitz</p> <p>An Besitzerinnen und Besitzer eines Motorfahrzeugs werden keine Mietzinsbeiträge ausgerichtet, sofern die Benützung des Motorfahrzeugs aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen nicht unabdingbar ist.</p>	<p>§ 8</p> <p>gestrichen</p>	<p>Bis jetzt wurde dies kulant gehandhabt bzw. gesetzlich wurde dies bisher minimal geregelt. Gemäss Praxis wurde bisher noch niemand abgelehnt aufgrund dieser Bestimmung (§ 8).</p>
3. Kapitel: Berechnungsgrundlagen	unverändert	
<p>§ 9 Massgebliches Monatseinkommen</p> <p>¹ Das massgebliche Monatseinkommen setzt sich zusammen aus sämtlichen Einkünften aller Personen, die miteinander in einem Haushalt leben</p>	unverändert	

und eine gemeinsame Haushaltsführung aufweisen.		
² Als Einkünfte gelten sämtliche Einkommen und Entschädigungen, namentlich der Nettolohn inklusive des anteilmässigen 13. Monatslohns, allfällige Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Alimente, Lehrlings- oder Praktikumlöhne und freiwillige Zuwendungen Dritter	² Als Einkünfte gelten sämtliche Einkommen und Entschädigungen, namentlich der Nettolohn inklusive des anteilmässigen 13. Monatslohns, allfällige Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Alimente, Lehrlings- oder Praktikumlöhne und freiwillige Zuwendungen Dritter	
	³ Bei der Berechnung des massgeblichen Monatseinkommens werden höchstens 60% vom Lehrlings- oder Praktikumslohn berücksichtigt. Der Gemeinderat bestimmt den anrechenbaren Prozentsatz.	Siehe § 8 Abs. 3 des kantonalen MBG.
§ 10 Anrechenbare Ausgaben ¹ Als Ausgaben gelten: <ul style="list-style-type: none"> - Grundbedarf gemäss SHV zuzüglich 30 %; - Wohnungskosten; - Nebenkosten gemäss Mietvertrag; - Durchschnittsprämie gemäss EG KVG. 	§ 10 Anerkannte Ausgaben Es gelten die anerkannten Ausgaben gemäss § 9 des kantonalen Mietzinsbeitragsgesetzes.	Die anrechenbaren Ausgaben werden in § 9 MBG definiert.
² Die als Ausgaben angerechneten Wohnungskosten dürfen die Höchstmieten gemäss § 11 nicht überschreiten.	² Der Gemeinderat legt den Faktor fest, mit welchem der Grundbedarf gemäss Sozialhilfegesetzgebung als allgemeiner Lebensbedarf in die Berechnung der anerkannten Ausgaben einfliesst.	<p>Je höher der Faktor ist, desto stärker fallen die Ausgaben bei der Berechnung des tragbaren Masses der Mietzinsbelastung ins Gewicht. Die Mietzinsbeiträge fallen entsprechend höher aus. Den damit verbundenen Mehrkosten stehen Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüber.</p> <p>Regelung neu in § 5 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement:</p> <p>«Der zur Berechnung der anerkannten Ausgaben verwendete allgemeine Lebensbedarf entspricht 105% des Grundbedarfs gemäss § 9 der Sozialhilfeverordnung.»</p>

<p>§ 11 Höchstmieten</p> <p>¹ Die jeweilige Höchstmiete entspricht den von der Sozialhilfebehörde ermittelten und dem kantonalen Sozialamt gemeldeten angemessenen Wohnungskosten zuzüglich 30 %.</p>	<p>§ 11 Höchstmieten</p> <p><i>Der Gemeinderat legt die Höchstmiete fest.</i></p>	<p>Die angemessene Jahresnettomiete muss mindestens dem festgelegten Mietzinsgrenzwert in der Sozialhilfe zuzüglich 20% als Nebenkosten entsprechen. Die Gemeinde kann auch einen höheren Wert festlegen, seien es 110%, 115% oder mehr des von der SHB festgelegten Mietzinsgrenzwertes plus 20% NK. Je höher die angemessene Jahresnettomiete zu liegen kommt, desto mehr Haushalte werden einen Anspruch auf Mietzinsbeiträge geltend machen können. Den damit verbundenen Mehrkosten stehen Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüber (siehe Landratsvorlage 2022/386 vom 21.6.2022, Abschnitt 2.11.2, S. 25f): Neueintritte in die Sozialhilfe von Haushalten mit einem geringen Unterstützungsbedarf können verhindert und Haushalte mit einer geringen Deckungsquote aus der Sozialhilfe abgelöst werden.</p> <p>Regelung neu in § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement:</p> <p><i>«Die angemessene Jahresnettomiete entspricht dem durch die Sozialhilfebehörde festgelegten Mietzinsgrenzwert in der Sozialhilfe zuzüglich 20 % der Nettowohnungskosten als Nebenkosten.»</i></p>
<p>² Beträgt der Mietzins mehr als 35 % des massgebenden Monatseinkommens, besteht kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>§ 12 Beitragshöhe</p> <p>¹ Der Mietzinsbeitrag entspricht der Differenz zwischen dem massgeblichen Monatseinkommen gemäss § 9 und den anrechenbaren Ausgaben gemäss § 10.</p>	<p>unverändert</p>	

<p>² Der zugesprochene Mietzinsbeitrag darf $\frac{3}{4}$ der monatlichen Nettomiete nicht überschreiten.</p>	<p>² Der Gemeinderat legt den Mietzinshöchstbeitrag fest.</p>	<p>Konkretisierung der Bestimmungen in § 5 MBG i.V.m. § 1 Vo MBG. Diese Bestimmung regelt, wie hoch der maximale Mietzinsbeitrag im Verhältnis zur Jahresnettomiete (plus 20% NK) sein darf. Mindestens 75% sind in der Verordnung vorgegeben, die Gemeinde kann den Anteil aber auch höher ansetzen, bei 80% oder mehr. Je höher der maximale Mietzinsbeitrag ist, umso geringer ist der selbst zu tragende Anteil. Die Frage ist eine sozialpolitische, die der Gemeinderat (und am Ende die Gemeindeversammlung oder der Einwohnerrat) aufgrund von konkreten Berechnungen zu entscheiden hat.</p> <p>Regelung neu in § 1 Abs. 2 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement:</p> <p><i>«Der maximale Mietzinsbeitrag beträgt 75 % der Jahresnettomiete zuzüglich 20 % als Nebenkosten beziehungsweise der angemessenen Jahresnettomiete.»</i></p>
4. Kapitel: Verfahren	unverändert	
<p>§ 13 Allgemeine Verfahrensbestimmungen</p> <p>¹ Gesuche sind der Abteilung Gesundheit / Soziales unter Beilage der für die Beurteilung der Anspruchsberechtigung notwendigen Unterlagen einzureichen.</p>	<p>§ 13 Allgemeine Verfahrensbestimmungen</p> <p>¹ Gesuche um Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen sind zusammen mit den notwendigen Unterlagen der Abteilung Gesundheit und Soziales einzureichen.</p>	<p>Sprachliche Präzisierung</p>
<p>² Als notwendige Unterlagen gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - sämtliche Angaben zum Einkommen und zum Vermögen gemäss aktueller Steuerveranlagung; - Einkommensnachweise der letzten drei Monate; - Krankenkassenpolice und Prämienrechnungen der letzten drei Monate; 	<p>² Als notwendige Unterlagen gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. sämtliche Angaben zum Einkommen und zum Vermögen gemäss aktueller Steuerveranlagung; b. Einkommensnachweise der letzten drei Monate; c. Krankenkassenpolice und Prämienrechnungen der letzten drei Monate; 	<p>Auflistung neu mit Buchstaben für bessere Übersicht.</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Mietvertrag und aktuelle Nebenkostenabrechnung; - Angaben zur aktuellen Wohnsituation. 	<ul style="list-style-type: none"> d. Mietvertrag und aktuelle Nebenkostenabrechnung; e. Angaben zur aktuellen Wohnsituation. 	
<p>³ Die Zusicherung erfolgt für das laufende Halbjahr, längstens jedoch bis zum Eintritt einer Veränderung der massgebenden Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse.</p>	<p><i>Werden die Unterlagen nicht oder nur unvollständig eingereicht, setzt die Gemeindeverwaltung eine angemessene Frist innert der die fehlenden Unterlagen nachgereicht werden können. Geschieht dies nicht oder werden unwahre Angaben gemacht, kann der Antrag ohne weiteres abgelehnt werden.</i></p>	<p>Regelung aus dem alten Recht neu in § 13 Abs. 5.</p> <p>Neu: Regelung zur formalen Antragseinreichung.</p>
<p>⁴ Veränderte Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse sind der Abteilung Gesundheit / Soziales von den Bezügerinnen und Bezüger umgehend zu melden und bewirken für die laufende Anspruchsperiode eine Neuberechnung des Mietzinsbeitrages.</p>	<p>⁴ Veränderte Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse sind der Abteilung Gesundheit und Soziales von den Bezügerinnen und Bezüger umgehend zu melden und bewirken für die laufende Anspruchsperiode eine Neuberechnung des Mietzinsbeitrages.</p>	
	<p><i>^{4bis} Im Falle eines zustimmenden Entscheides werden die Beiträge dem Monat der vollständigen Einreichung des Antrages gewährt.</i></p>	
<p>⁵ Die Auszahlung erfolgt monatlich.</p>	<p>⁵ Die Zusicherung gilt jeweils bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres, längstens jedoch bis zur Veränderung eines Berechnungsfaktors. Die Auszahlung erfolgt jeweils auf Monatsende mit Gültigkeit auf den nächstfolgenden Monat.</p>	<p>Vorschlag gemäss Münchenstein, § 12 Abs. 4</p> <p>Wann ist die Auszahlung bisher erfolgt? Mit der bzw. einer neuen Umformulierung könnten Unklarheiten vermieden werden.</p>
<p>§ 14 Eingabefristen</p>	<p>§ 14</p>	<p>In der Praxis hat sich dies nicht bewährt. Doppelter Aufwand für die Verwaltung insb. wenn die</p>

¹ Vollständige Gesuche um Ausrichtung der Mietzinsbeiträge für die Periode vom 1. Januar bis 30. Juni sind bis zum 31. März einzureichen.	gestrichen	Anspruchsgruppe künftig grösser wird Aufwand wäre grösser als Ertrag.
² Vollständige Gesuche um Ausrichtung der Mietzinsbeiträge für die Periode 1. Juli bis 31. Dezember sind bis zum 31. Juli einzureichen.	gestrichen	
³ Gesuche, die verspätet eingegangen sind, werden ab dem Monat der vollständigen Gesuchseinreichung berücksichtigt.	gestrichen	Siehe § 13 Abs. neu 4bis
§ 15 Zuständigkeit ¹ Die Abteilung Gesundheit / Soziales prüft die Gesuche und verfügt die Anspruchsberechtigung.	§ 15 Zuständigkeit ¹ Die Abteilung Gesundheit und Soziales prüft die Gesuche und verfügt die Anspruchsberechtigung.	
² Liegt ein persönlicher Härtefall vor, kann der Gemeinderat eine abweichende Regelung bewilligen.	unverändert	
§ 16 Beschwerdeverfahren ¹ Gegen Verfügungen der Abteilung Gesundheit / Soziales kann innert 10 Tagen seit Mitteilung beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden	§ 16 Beschwerdeverfahren ¹ Gegen Verfügungen der Abteilung Gesundheit und Soziales kann innert 10 Tagen seit Zustellung schriftlich und begründet beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden.	Sprachliche Konkretisierung
² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tage seit Mitteilung beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Beschwerde erhoben werden.	² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tage seit Zustellung schriftlich und begründet beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Beschwerde erhoben werden.	Sprachliche Konkretisierung
5. Kapitel: Strafbestimmungen	unverändert	

§ 17 Folgen des unrechtmässigen Bezuges Wer durch unwahre Angaben oder in anderer Weise die unrechtmässige Ausrichtung eines Beitrages erwirkt, hat den zu Unrecht bezogenen Beitrag zurückzuerstatten.	unverändert	
§ 18 Strafbestimmungen ¹ Wer diesem Reglement zuwiderhandelt, wird verzeigt und verwarnt oder mit einer Busse bis CHF 5'000 bestraft.	unverändert	
² Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz. Es kommt das Bussenanerkennungsverfahren zur Anwendung.	unverändert	
6. Kapitel: Schlussbestimmungen	unverändert	
§ 19 Aufhebung des bisherigen Rechts ¹ Das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24. November 1997 (Mietzinsbeitragsreglement) wird aufgehoben.	§ 19 Aufhebung des bisherigen Rechts Das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24. November 1997 (Mietzinsbeitragsreglement) wird aufgehoben.	
§ 20 Inkrafttreten Dieses Reglement wird nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft vom Gemeinderat in Kraft gesetzt.	unverändert	